

# „Wir sind Zaungäste der Geschichte“

**BZ-INTERVIEW** mit dem Freiburger Ökonom Oliver Landmann über 50 Jahre in der Wirtschaftswissenschaft und den Unterschied seines Fachs zur Physik

Haben die Volkswirte aus den Weltwirtschaftskrisen etwas gelernt? Das fragten Jörg Buteweg, Bernd Kramer und Barbara Schmidt den Freiburger Ökonom Oliver Landmann.

**BZ:** Würden Sie heute noch einmal Volkswirtschaftslehre (VWL) studieren?

**Landmann:** Ja, auf jeden Fall. Als ich vor genau 50 Jahren, im Sommersemester 1970, mein erstes Studiensemester in Angriff nahm, hatte ich keine klare Vorstellung davon, was mich erwartet. Während meiner Schulausbildung auf einem humanistischen Gymnasium hatte ich mit der Welt der Wirtschaft wenig zu tun. Insofern war das VWL-Studium ein Experiment für mich, das anfangs etwas harzig verlief. Aber ich fasste schnell Fuß und bin bis heute fasziniert von dem Fach. Es ist sehr lebensnah und überrascht mit ständig neuen Fragestellungen.

**BZ:** Hat es Sie nie gereizt, die akademische Welt zu verlassen?

**Landmann:** Doch. Zumal ich mich ja nicht darauf verlassen konnte, dass eine akademische Karriere gelingt. Kurze Zeit war ich denn auch für die Schweizerische Nationalbank tätig.

**BZ:** Wären Sie gerne Chef der Schweizerischen Nationalbank geworden?

**Landmann:** Diese Frage hat sich für mich nie gestellt.

**BZ:** 1987 sind Sie nach Freiburg berufen worden – und geblieben. Warum?

**Landmann:** Oft führen akademische Karrieren über mehrere Stationen. Für mich war es ein Glücksfall, dass mich gleich mein erster Ruf an eine so attraktive Universität wie Freiburg führte. Ich habe hier ein ausgezeichnetes Arbeitsumfeld vorgefunden und mich von Anfang an wohlfühlt. Viele Verbesserungsmöglichkeiten hätte es nicht mehr gegeben.

**BZ:** Was hat sich in der Volkswirtschaftslehre seit damals verändert? Wissen wir heute mehr als damals?

**Landmann:** Wir wissen sehr viel mehr. Gleichzeitig haben wir aber auch lernen müssen, bescheiden zu sein. Die Geschichte meines Faches ist übersät mit Gewissheiten, die man zu haben glaubte, die dann

Ölpreisschocks, einer hohen Inflation und steigender Arbeitslosigkeit...

**Landmann:** ... und dem Zusammenbruch der Währungsordnung der Nachkriegszeit. Vieles, was man zu wissen glaubte, war plötzlich infrage gestellt. Man war gezwungen, ganz grundlegende Fragen neu zu stellen – zum Beispiel jene nach den Triebkräften der Konjunktur und der Rolle des Staates in der Stabilisierung der Wirtschaft. Insbesondere wurden neue Strategien der Zentralbankpolitik entwickelt, mit denen es gelang, die Stabilität allmählich wiederherzustellen.

**BZ:** In den 80er-Jahren war auch die Arbeitslosigkeit ein großes Thema. Heute herrscht in Teilen Deutschlands Vollbeschäftigung, auch die USA und andere Länder stehen sehr gut da. Ist das ein Erfolg der Wissenschaft, weil sie verstanden hat, wie Arbeitsmärkte besser funktionieren?

**Landmann:** Dies ist in erster Linie ein Erfolg der Politik und der Akteure am Arbeitsmarkt. Insgesamt gilt die Beschäftigungsentwicklung Deutschlands in den letzten 50 Jahren einer Achterbahnfahrt. Bis anfangs der 70er-Jahre war der Arbeitsmarkt ausgetrocknet; damals bewegte sich die

griffen und so den deutschen Arbeitsmarkt in die Lage versetzt, den bald darauf einsetzenden Konjunkturaufschwung in Beschäftigungswachstum umzusetzen. Bereits früher hatte der Fall des Eisernen Vorhangs auf eine Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes hingewirkt.

**BZ:** Was meinen Sie damit?

**Landmann:** Durch die Öffnung nach Osten entstanden in den 90er-Jahren schlagartig Industriestandorte quasi vor der Haustür, die mit extrem tiefen Lohnkosten lockten. Darauf mussten die Tarifvertragspartner sehr rasch reagieren, indem sie Lösungen suchten, die mehr Flexibilität auf Betriebsebene zuließen. Dies brachte in die Lohnbildung eine Flexibilität hinein, die nachweislich geholfen hat, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Die Wissenschaft hat zwar auf die Anpassungserfordernisse hingewiesen, aber sie darf sich nicht einbilden, sie könne mit ihren Erkenntnissen allzu viel unmittelbaren Einfluss auf die Politik nehmen. Der Einfluss ist eher ein langfristiger. Wie es der britische Ökonom John Maynard Keynes einmal ausgedrückt hat: Die Ideen der Ökonomen und der politischen Philosophen, ob richtig oder falsch, sind einflussreicher, als man gemeinhin glaubt. Aber dies sind Wirkungen, die nur sehr langfristig zum Tragen kommen.

**BZ:** Können Sie ein Beispiel nennen?

**Landmann:** Das anschaulichste Beispiel ist der Umgang mit Wirtschaftskrisen, wie sie die Welt 1930 und – nicht gleich, aber vergleichbar – 2008 erlebt hat. In den 30er-Jahren wurde wirtschaftspolitisch fast in jeder Beziehung falsch reagiert. Danach veränderte die Keynesianische Revolution das Denken über die Ursachen einer solchen Krise und über den Handlungsbedarf der Politik. Deshalb – und das würde ich einen Erfolg der Wissenschaft nennen – hat die Politik 2008 instinktiv sehr viel richtig gemacht.

**BZ:** Die Keynesianische Revolution müssen Sie erklären...

**Landmann:** Keynes hatte in der Tiefe der Weltwirtschaftskrise, der Politik und Wissenschaft völlig ratlos gegenüberstanden, eine kohärente Erklärung für die ursächlichen Zusammenhänge entwickelt und Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet, die damals leider weitgehend ignoriert wurden. Seine Theorie wurde später zu einem Kern der Makroökonomik, die erklärt, wie es zu Krisen kommen kann, und wie man sie begrenzen kann.

**BZ:** Trotzdem schlitterte die Welt 2008 in die nächste Wirtschaftskrise. Haben die Ökonomen die Rolle der Finanzmärkte damals falsch eingeschätzt?

**Landmann:** Die Fragilität der Finanzmärkte war eigentlich ein Kernthema von

Keynes gewesen, geriet im Zuge der weiteren Entwicklung der Konjunkturtheorie aber etwas aus dem Blickfeld. Dabei haben Banken- und Währungskrisen vor allem in Schwellenländern immer wieder gezeigt, dass ein unzureichend regulierter Finanzsektor ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die Realwirtschaft darstellt. Die weitgehende Liberalisierung der Kapitalströme und Finanzmärkte, die vor allem in den 1980er- und 90er-Jahren beschleunigt vorangetrieben wurde, vernachlässigte die systemischen Risiken, die dem Finanzsektor innewohnen, und überschätzte damit die Neigung der profitgetriebenen privaten Akteure, ihre Risiken effektiv einzugrenzen. Der Glaube, die Märkte würden dies aus Eigeninteresse alles selbst regeln, erwies sich als fataler Irrtum.

**BZ:** Haben wir daraus gelernt?

**Landmann:** Wir haben in den vergangenen zehn Jahren große Fortschritte in der Analyse der Finanzmarktstrukturen und der Wechselwirkungen mit der realen Wirtschaft erzielt. Allerdings kann man nie ausschließen, dass wir heute womöglich andere Schwachstellen übersehen, die eine zukünftige Krise auslösen könnten.

**BZ:** Ist der Kapitalismus per se instabil?

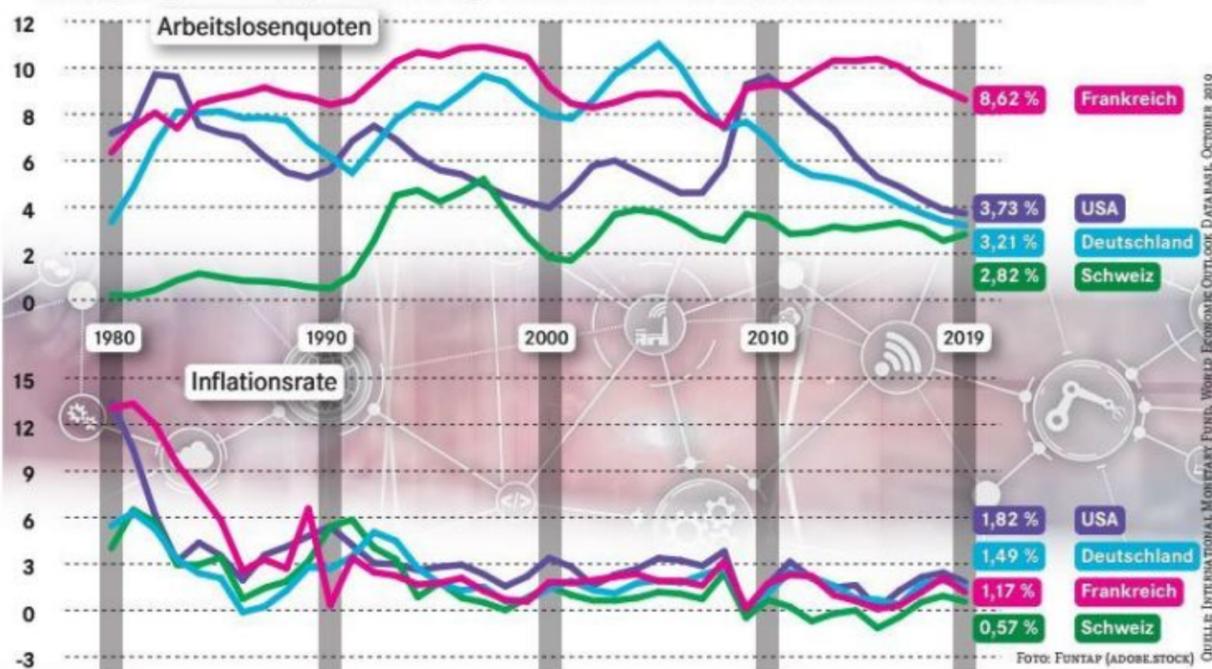
**Landmann:** Das ist eine der zentralen Streitfragen in der Makroökonomie. Denkrichtungen in der Tradition von Keynes bejahen sie und leiten daraus einen entsprechenden stabilisierungspolitischen Handlungsbedarf des Staates ab. Theorien in der Tradition von Milton Friedman und der Chicago-Schule glauben demgegenüber an die inhärente Stabilität der Marktwirtschaft und sehen eher fehlgeleitetes Staatsverhalten als destabilisierende Kraft an. Die Diskussion offenbart grundlegende Grenzen, die unserem Fach bei der Beantwortung solcher Fragen gesetzt sind.

**BZ:** Welche?

**Landmann:** Erstens sind wir eine Wissenschaft, der es von der Natur der Sache her nie gelingen wird, kontroverse Fragen auf der Grundlage von empirischen Beobachtungen endgültig zu entscheiden. Denn anders als etwa die Physik können wir in der Regel keine kontrollierten Bedingungen herstellen. Gerade in der Makroökonomie sind wir nur Zaungäste der Geschichte. Sie fließt an uns vorbei und wir versuchen, sie zu interpretieren. Zweitens steht auch die wissenschaftliche Analyse immer im Spannungsfeld des breiteren gesellschaftspolitischen Wertespektrums, von dem Positionen nie ganz abgekoppelt werden können.

## Auf dem Rückzug

Die langfristige Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Inflation in ausgewählten westlichen Industrieländern



**BZ:** Sie sind Schweizer, lehren aber in Deutschland. Die Schweiz verhandelt derzeit mit der EU über ein Rahmenabkommen. Wird es eine Einigung geben?

**Landmann:** Die Schweiz braucht eine Einigung viel mehr als die EU, weil der für sie lebenswichtige Zugang zum europäischen Binnenmarkt auf dem Spiel steht. Der Zankapfel ist allerdings kein spezifisch schweizerischer: Die Schweizer wollen die Kontrolle über die Zuwanderung nicht völlig aufgeben. Tatsächlich hat die Personenfreizügigkeit, eine der großen Errungenschaften des europäischen Binnenmarkts, auch ihre Schattenseiten. Wo ein erhebliches Lohn- und Wohlstandsgefälle Wanderungsbewegungen erzeugt, können diese zur Belastungsprobe werden. Dies gilt im Übrigen nicht nur für die Zuwanderungsländer, wie zum Beispiel der Brexit gezeigt hat, sondern auch für die Herkunftsländer. Denn dort wandern vor allem die Jungen, gut ausgebildeten ab, was den Entwicklungsperspektiven der betroffenen Länder nicht gerade zuträglich ist.

**BZ:** Was wäre die Lösung?

**Landmann:** Das ist eine schwierige Frage, weil sie eine Güterabwägung erforderlich macht. Eine besondere Problematik ist die Kombination der Personenfreizügigkeit mit dem Diskriminierungsverbot in der Sozialpolitik. Damit wird das Gefälle in den Sozialleistungen der verschiedenen Länder potenziell zu einem Wanderungsmotiv, was natürlich nicht im Sinne des Erfinders ist.

**BZ:** Eine Unterscheidung nach Herkunft in der Sozialpolitik ist schwer vorstellbar. Der deutsche Staat kassiert doch auch von jedem sofort Steuern, unabhängig von der Herkunft.

**Landmann:** Ja klar, das Prinzip der Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen steht nicht zur Debatte. Das Problem ist eher die Zuwanderung in die Sozialsysteme.

**BZ:** Meinen Sie das Kindergeld? Ein Bulgarer hat zu Hause fünf Kinder, für die er in Deutschland Kindergeld kassiert, womit seine Familie dann ein Mehrfaches des bulgarischen Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat.

**Landmann:** Es geht nur darum, dass so etwas nicht zum Geschäftsmodell wird. Das Ziel muss sein, die immer noch großen Wohlstandsunterschiede in der Europäischen Union zu verringern und der Ausblutung zurückgebliebener Regionen durch die Talentabwanderung entgegenzuwirken.

**BZ:** Herr Landmann, am heutigen Freitag halten Sie in der Uni Ihre Abschiedsvorlesung. Werden Sie weiterhin forschen?

**Landmann:** Wenn ich die Lehre in neue Hände lege, wird für die Forschung und das Nachdenken über ungelöste Fragen eher mehr Zeit zur Verfügung stehen als bisher. Trotzdem ist das Ende der aktiven Dienstzeit ein Einschnitt. Denn das Vermitteln von Wissen und der Austausch mit den Studierenden waren mir immer wichtig.

## ZUR PERSON

### OLIVER LANDMANN

Der Volkswirt (Jahrgang 1952) hat seit 1987 den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Freiburger Albert-Ludwigs-Uni inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Makroökonomie und internationale Währungsfragen. Nun geht er in Ruhestand. Promoviert und habilitiert hat der Schweizer an der Uni Basel. 1986 arbeitete er in der Forschungsabteilung der Nationalbank in Zürich.

bas



Oliver Landmann

FOTO: WOLFGANG GRABHERR

aber irgendwann an harten Fakten zerschellten. Interessanterweise erlebte manches davon später auch wieder eine Renaissance. Ein Beispiel: Als ich 1970 zu studieren anfing, sagte man uns Studenten mit Blick auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre: „Heute wissen wir, was da schiefgelaufen ist, das wird uns nie wieder passieren.“ Hinter uns lagen damals 25 Jahre Nachkriegswachstum, eine Phase wachsenden Wohlstands in der ganzen westlichen Welt, mit nur moderaten Konjunkturschwankungen. Man glaubte, den Konjunkturzyklus gezähmt zu haben.

**BZ:** Dann kamen die 1970er-Jahre mit den

Arbeitslosenquote noch im Nullkommabereich. Dann lief die Entwicklung aus dem Ruder. Die Anpassungserfordernisse des Strukturwandels kollidierten mit den teilweise stark beschäftigungsfeindlichen Anreizen, die in die Transfersysteme des Wohlfahrtsstaates eingebaut worden waren.

**BZ:** Können Sie ein Beispiel nennen?

**Landmann:** Der Ausbau und die Verlängerung der Bezugsdauer der Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit hat den Druck, rasch in den Arbeitsmarkt zurückzukehren, geschwächt. Hier hat die Schröder-Regierung mit ihren Hartz-Reformen einge-